



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Kurzprotokoll der 60. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 24. April 2024, 08:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH 4.200

Vorsitz: Renata Alt, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Für transparente Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen – Gegen Fehlinformationen und Verschwörungstheorien

BT-Drucksache 20/9737

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Heike Engelhardt [SPD]

Abg. Dr. Jonas Geissler [CDU/CSU]

Abg. Beate Walter-Rosenheimer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Renata Alt [FDP]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]

Abg. Martin Sichert [AfD]



Tagesordnungspunkt 2

Seite 6

Kenntnisnahmen

- a) Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

**4. Sitzungswoche 2023 der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates
vom 9. bis 13. Juni 2023 in Straßburg, Frankreich
BT-Drucksache 20/10880**

Federführend:

Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Frank Schwabe [SPD]

Abg. Knut Abraham [CDU/CSU]

Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Renata Alt [FDP]

Abg. Martin Sichert [AfD]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]

- b) **Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss des Rates zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/2459 des Rates über die Anwendung einer erhöhten Visumgebühr in Bezug auf Gambia
KOM(2023)569 endg.; Ratsdok.-Nr. 13574/23**

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Frank Schwabe [SPD]

Abg. Michael Brand (Fulda) [CDU/CSU]

Abg. Beate Walter-Rosenheimer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Martin Sichert [AfD]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]



c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2022 (Rüstungsexportbericht 2022)

BT-Drucksache 20/10010

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Falko Droßmann [SPD]

Abg. Michael Brand (Fulda) [CDU/CSU]

Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Martin Sichert [AfD]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]

d) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2023

BT-Drucksache 20/10295

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Falko Droßmann [SPD]

Abg. Michael Brand (Fulda) [CDU/CSU]

Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Martin Sichert [AfD]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 7

Mündliche Unterrichtung durch die Bundesregierung

Die menschenrechtliche und humanitäre Lage in Kurdistan-Irak



Tagesordnungspunkt 4

Seite 6

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung

BT-Drucksache 20/10376

Federführend:

Rechtsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Petitionsausschuss

Ausschuss für Inneres und Heimat

Finanzausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Frank Schwabe [SPD]

Abg. Michael Brand (Fulda) [CDU/CSU]

Abg. Boris Mijatović [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Jürgen Braun [AfD]

Abg. Cornelia Möhring [Die Linke]

Tagesordnungspunkt 5

Seite 7

Unterrichtung durch die Bundesregierung

15. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

BT-Drucksache 20/4865

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 20(17)85

Federführend:

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Frank Schwabe [SPD]

Abg. Michael Brand (Fulda) [CDU/CSU]

Abg. Boris Mijatović [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Peter Heidt [FDP]

Abg. Jürgen Braun [AfD]

Abg. N. N. [Die Linke]



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Droßmann, Falko Engelhardt, Heike Funke, Fabian Schwabe, Frank Sthamer, Nadja Türk-Nachbaur, Derya	Castellucci, Dr. Lars Dieren, Jan Heinrich, Gabriela Hennig, Anke Nasr, Rasha Özoğuz, Aydan
CDU/CSU	Abraham, Knut Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Geissler, Dr. Jonas Weiss (Wesel I), Sabine	Brehm, Sebastian Brodesser, Dr. Carsten Hoppermann, Franziska Lips, Patricia Winkelmeier-Becker, Elisabeth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lucks, Max Mijatović, Boris Walter-Rosenheimer, Beate	Khan, Misbah Pahlke, Julian Taher Saleh, Kassem
FDP	Alt, Renata Heidt, Peter	Lechte, Ulrich Link (Heilbronn), Michael Georg
AfD	Braun, Jürgen Sichert, Martin	Friedhoff, Dietmar Rinck, Frank
Die Linke	Möhring, Cornelia	Akbulut, Gökay



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und informiert darüber, dass sich die Obleute darauf verständigt hätten, bei der Beratung von Anträgen und bei mündlichen Unterrichtungen künftig probeweise zunächst der einbringenden Fraktion einführend das Wort zu erteilen. Sie stellt fest, dass dies Zustimmung findet. Darüber hinaus hätten sich die Obleute verständigt, Tagesordnungspunkt 3 zuletzt aufzurufen und in der Sitzung nach Fraktionen abzustimmen. Sie stellt fest, dass auch dies die Zustimmung des Ausschusses findet.

Tagesordnungspunkt 1

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Für transparente Verhandlungen über das WHO-Pandemieabkommen – Gegen Fehlinformationen und Verschwörungstheorien

BT-Drucksache 20/9737

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass ein Aussprachewunsch hierzu nicht vorliegt.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke zu empfehlen, den Antrag auf Bundestagsdrucksache 20/9737 abzulehnen.

Tagesordnungspunkt 2

Kenntnisnahmen

a) Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

4. Sitzungswoche 2023 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 9. bis 13. Juni 2023 in Straßburg, Frankreich

BT-Drucksache 20/10880

b) Vorschlag für einen Durchführungsbeschluss des Rates zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/2459 des Rates über die Anwendung einer erhöhten Visumgebühr in Bezug auf Gambia

KOM(2023)569 endg.; Ratsdok.-Nr. 13574/23

c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2022 (Rüstungsexportbericht 2022)

BT-Drucksache 20/10010

d) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2023

BT-Drucksache 20/10295

Der **Ausschuss** beschließt bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke, die Vorlagen unter Tagesordnungspunkt 2 a) bis d) zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung

BT-Drucksache 20/10376

Die **Vorsitzende** erläutert, dass zu dem Gesetzesentwurf zwischenzeitlich zwei Änderungsanträge vorlägen, Ausschussdrucksache 20(6)94 und 20(6)96; um Aussprache sei nicht gebeten worden.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe Die



Linke zu empfehlen, den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 20(6)96 abzulehnen.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der AfD, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke zu empfehlen, den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 20(6)94 anzunehmen.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD, bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU und Abwesenheit der Gruppe Die Linke zu empfehlen, den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 20/10376 in der geänderten Fassung anzunehmen.

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

15. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

BT-Drucksache 20/4865

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass ein Aussprachewunsch hierzu nichts vorliegt.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig zu empfehlen, den Bericht auf BT-Drucksache 20/4865 zur Kenntnis zu nehmen.

Zudem beschließt der **Ausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke zu empfehlen, den Antrag auf Ausschussdrucksache 20(17)85 anzunehmen.

Tagesordnungspunkt 3

Mündliche Unterrichtung durch die Bundesregierung

Die menschenrechtliche und humanitäre Lage in Kurdistan-Irak

Die **Vorsitzende** begrüßt aus dem Auswärtigen Amt Herrn Staatsminister Dr. Lindner.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) informiert, dass er binnen Jahresfrist zum zweiten Mal nach Bagdad und Erbil gereist sei und Vertreterinnen und Vertreter der Zentralregierung, der Regionalregierung, der jesidischen Gemeinschaft und deutsche Soldatinnen und Soldaten, die sowohl in Bagdad als auch in Erbil stationiert seien, getroffen habe. Die Situation im Irak sei auch vor dem Hintergrund der regionalen Konflikte sehr dynamisch. Die Sicherheitslage habe sich insgesamt stabilisiert und gestalte sich glücklicherweise trotz der Angriffe des Iran auf Israel am 13. und 14. April sowie nach den Ereignissen um Isfahan am 19. April im Moment ruhig. Herausforderungen bestünden darin, den Irak aus der regional möglichen Eskalationsspirale herauszuhalten und einen Umgang mit irannahen Milizen zu finden, die neben Militärbasen auch zivile Einrichtungen angriffen. Weitere Herausforderung sei der sogenannte islamische Staat, Daesh. Dieser übe keine territoriale Kontrolle aus und sei momentan nicht in der Lage, komplexe Anschläge zu begehen, dennoch sei die Sicherheitsverantwortung zwischen der Regional- und der Zentralregierung in vielen Gebieten nicht geklärt. Insbesondere in der Region um Kirkuk und auf dem Sindschar habe dies unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die Rückkehrmöglichkeiten der jesidischen Gemeinschaft. Er betont, dass sich die irakische Regierung und die USA schon im Sommer 2023 und damit lange vor den Ereignissen des 7. Oktober geeinigt hätten, in einen Sicherheitsdialog zu treten, um über eine langfristige Perspektive der Militärpräsenz im Land zu sprechen. Bis Ende 2024 solle ein Fahrplan für einen schrittweisen Übergang der sogenannten Anti-IS-Koalition verhandelt werden. Zehn Jahre nach dem Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden trete die irakische Zentralregierung verstärkt für eine Normalisierung des Landes ein und wünsche deshalb die mittelfristige Übergabe der Aufgaben der Koalition gegen den sogenannten IS an irakische



Sicherheitskräfte, bekenne sich aber zur Fortsetzung der Beratermission *NATO Military Initiative*. Die Regionalregierung in der kurdischen Region wünsche dagegen einen Verbleib der internationalen Truppen. Er führt weiter aus, dass die Menschenrechtslage angespannt bleibe; die größte Gefahr gehe weiterhin von Milizen und dem sogenannten IS aus. In der kurdischen Region bestehe de facto ein Moratorium zur Anwendung der Todesstrafe, im Zentralirak gäbe es wenige Vollstreckungen, es habe aber auch wieder eine erste Massenhinrichtung gegeben. Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität stünden bislang nicht gesetzlich unter Strafe, es werde jedoch aktuell über eine Verschärfung des umstrittenen einschlägigen Gesetzes im Parlament debattiert; eine erste Abstimmung sei am 15. April am nötigen Quorum gescheitert. Frauen und Mädchen seien im Alltag oft Diskriminierungen ausgesetzt, seien wenig am Arbeitsmarkt integriert und häufig häuslicher Gewalt ausgesetzt. Frauen in Regierungsverantwortung gäbe es kaum. In der Region Kurdistan-Irak genössen religiöse Minderheiten weitreichende Freiheiten, auch wenn Vorurteile und Stereotype das praktische Zusammenleben prägten. Die Presse- und Meinungsfreiheit sei auch in der Region Kurdistan-Irak weiterhin eingeschränkt. StM Lindner erklärt, dass sich die humanitäre Lage im Irak in den letzten Jahren deutlich verbessert habe; so hätten mehr als drei Viertel der *Internal Displaced Person (IDPs)* in ihre Heimat zurückkehren können. Dass lediglich 200.000 Binnenvertriebene in organisierten Camps lebten, hänge vor allem dem Wunsch der Zentralregierung nach Normalisierung zusammen; diverse öffentliche Dienstleistungen würden heruntergefahren. Herausfordernd stelle sich daher die Lage der 1,1 Millionen Binnenvertrieben dar, die vielmals unter sehr prekären Bedingungen in informellen Camps im Zentralirak lebten. Die Regierung wolle die Camps schließen, biete jedoch keine alternativen Möglichkeiten für Übernachtungen an. Es fehle an öffentlichen Einrichtungen und Basisdienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit usw. Zur Lage der Jesidinnen und Jesiden führt er aus, dass es keine belastbaren Angaben gäbe, wie viele von ihnen noch im Irak lebten. Schätzungen gingen von rund 300.000 Personen aus, von denen wiederum die Hälfte in formellen IDP-Lagern lebe. Etwa 100.000 Menschen sei die Rückkehr in ihre Heimat möglich gewesen. Viele Mitglieder der jesidischen Gemeinschaft sähen jedoch wegen der unklaren

Sicherheitslage von einer Rückkehr in den Sindschar ab. Dies wiederum bedinge eine schwierige humanitäre Lage, Dörfer und Orte müssten erst wieder aufgebaut werden. Sowohl die Zentralregierung als auch die Regionalregierung in Erbil hätten verdeutlicht, dass ihnen an einer Verbesserung gelegen sei. Im Haushaltsgesetz vom Juni 2023 sei etwa erstmals ein Wiederaufbaufonds für Sindschar vorgesehen, der insbesondere die Gesundheitsinfrastruktur betreffe. Vorangetrieben werde auch die Umsetzung der *Yazidi Survivors' Law*.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD) erkundigt sich nach Investitionen der Zentralregierung in die Infrastruktur, etwa Schulen sowie die Reform der Quotenregelung für Minderheiten im Parlament.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) bestätigt, dass der oberste Gerichtshof des Irak die Quotenregelung für Minderheiten, die im Zentralparlament vorgesehen sei, in analoger Anwendung für das Regionalparlament der kurdischen Region als verfassungswidrig erklärt habe. Daraufhin habe die KDP, eine der beiden Parteien im Norden erklärt, sich nicht mehr an Wahlen zu beteiligen. Fänden Wahlen ohne die KDP statt, führe das zu Legitimationsproblemen des Regionalparlaments. Er führt weiter aus, dass die Rückkehrbestrebungen der Gemeinschaft seit Frühjahr 2023 verstärkt, jedoch aufgrund der Sicherheitslage nach dem 7. Oktober wieder rückläufig seien. Die Zentralregierung dünne in den Camps Basisdienstleistungen wie Beschulungen aus. Das mangelnde Angebot führe dazu, dass die Camps für die Vertriebenen keine Alternative darstellten, sie wegen Sicherheitsbedenken aber auch nicht zurückkehren könnten. Bei der jüngeren Generation der Jesidinnen und Jesiden gäbe es auch Vorbehalte, in ein traditionelles Gesellschaftsmodell zurückzukehren; auch vor dem Hintergrund der schrecklichen Geschehnisse seien viele Menschen nicht bereit, in den Sindschar zurückzugehen.

Abg. **Norbert Maria Altenkamp** (CDU/CSU) spricht die Sicherheitslage an und fragt nach, inwieweit im Hinblick auf die Camps möglicherweise mit einer weiteren humanitären Krise gerechnet werden müsse.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) bekräftigt, dass die



irakischen Sicherheitskräfte stärker als in der Vergangenheit in der Lage seien, die Sicherheit für ihr Land zu übernehmen. Dies werde von den deutschen Soldatinnen und Soldaten vor Ort ebenfalls bestätigt. Auch im Umgang mit dem sogenannten IS sehe er Fortschritte. Unsicherheitsfaktoren blieben die Geschwindigkeit der gewünschten Normalisierung, Druck auf die Camps und die Regionalregierung im Norden. Die Camps würden teilweise durch die Barzani-Stiftung betrieben, fiele die künftige Finanzierung weg, müsse die Regionalregierung mehr Gelder investieren, als es die Zentralregierung tut. Als weiteren Unsicherheitsfaktor verweist er auf die Milizen: Premierminister Sudani sei selbst Schiit und versuche, unabhängig zu agieren; er spüre aber gleichzeitig den Druck schiitischer Milizen und anderer irannaher Gruppen. Zudem zeige die Zentralregierung Tendenzen, die Autonomie der Regionalregierung im Norden an einigen Punkten zumindest infrage zu stellen. Und es gäbe Differenzen zwischen den dominierenden Parteien im Norden, der KDP und der PUK, die stark mit den Familien Barzani und Talabani verbunden seien. Der bisherige Mechanismus des *Deconflicting* durch die Familienältesten funktioniere nicht mehr in dem Maße wie in vergangenen Zeiten. Er fasst zusammen, dass es trotz der Fortschritte auch Risiken gäbe, die die Lage fragil bleiben lasse.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht das bevorstehende Ende der UNITAD-Mission zur Sicherung von Beweismitteln und Zeugenaussagen des Völkermordes an und fragt nach, wie sich die Bundesregierung hierzu positioniere und bittet um eine Einschätzung zur möglichen Destabilisierung der kurdischen Region durch den Iran.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) bestätigt, dass seitens der irakischen Regierung keinerlei Bereitschaft bestehe, das Mandat zu verlängern; die Mission fahre bereits die Kapazitäten herunter und stelle sich auf eine Beendigung ein. Beweismittel würden bereits gesichert und in eine Datenbank überführt. Offen sei, wer unter welchen Voraussetzungen Zugriff auf die Datenbank erhalten solle; jenseits der irakischen Zentral- oder Regionalregierung sei eine Strafverfolgung nach dem Völkerstrafrecht auch in Deutschland möglich. Er führt weiter aus, dass der Iran und seine Milizen verstärkt im Norden

angriffen, etwa in Erbil. Der Schutz gegen ballistische Raketen oder Drohnen oder deren frühzeitige Entdeckung gestalte sich schon aufgrund der Geografie des Geländes schwierig. Die Peschmerga seien nicht auf Konfrontation mit dem Iran aus und sähen in der internationalen Truppenpräsenz die beste Versicherung gegen verstärkte iranische Angriffe.

Abg. **Martin Sichert** (AfD) fragt mit Blick auf die Camps, ob Jesidinnen und Jesiden dort weiterhin mit Anhängern des IS untergebracht seien. Zudem erkundigt er sich nach den Rückkehrmöglichkeiten der nach Deutschland geflohenen Personen, etwa in den Südirak.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) führt aus, dass die offiziellen Camps über Kindergärten, Schulen, soziale Projekte und eine Basisgrundversorgung der wichtigsten Lebensbedürfnisse gewährleisteten. Diese seien jedoch von der Schließung bedroht. Eine Radikalisierung durch den sogenannten IS beobachte man außerhalb des Iraks, etwa in Syrien. Im Camp Al-Hol lebten zwischen 20.000 und 60.000 Menschen; die Sicherheitslage sei fragil und schwer kontrollierbar, was das Risiko berge, dass eine neue Generation des IS im Camp rekrutiert werde. Weiter merkt er an, dass die Entscheidung über eine Rückführung aus Deutschland in den Irak oder weitere Abschiebestopps die Bundesländer oder das BMI und die Innenministerkonferenz zu treffen hätten. Nach 2017 nehme man für die jesidische Gemeinschaft keine Gruppenverfolgung mehr an, ein Schutzanspruch bestehe nicht mehr automatisch. Die Wahrscheinlichkeit, aufgrund der jesidischen Zugehörigkeit verfolgt zu werden, sei aber weiterhin deutlich gegeben.

Abg. **Peter Heidt** (FDP) erkundigt sich, welche Camps geschlossen werden, ob eine Rückkehr angesichts möglicherweise von anderen Volksgruppen bezogener Häuser überhaupt möglich erscheine und ob die Bundesregierung eine abgestimmte Lösung für die Rückführung von Jesidinnen und Jesiden anstrebe.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) betont, dass Rückführungen in der Verantwortung der Länder lägen. Die Gruppe von vollziehbar ausreisepflichtigen



irakischen Staatsangehörigen sei groß; die Zahl der bisher rückgeführten Jesiden liege etwa in den mittleren 20 und betreffe Fälle, in denen etwa schwere Straftaten begangen worden seien. Das Schicksal und die Zukunft der jesidischen Diaspora beschäftige die Bundesregierung und man sei bemüht, eine gemeinsame Lösung, etwa durch Abschiebestopps, mit den Ländern zu erlangen. Er führt weiter aus, dass von Einzelfällen berichtet würde, in denen Häuser im Sindschar mittlerweile von anderen bewohnt würden, belastbare Zahlen gäbe es jedoch nicht.

Abg. **Derya Türk-Nachbaur** (SPD) bittet vor dem Hintergrund eines Treffens des türkischen Staatspräsidenten mit dem irakischen Premierminister und Mazud Barzani um eine Bewertung dieser Gespräche mit Blick auf die Sicherheitslage.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) führt aus, dass in den Gesprächen wirtschaftliche Fragen, der Zugang zu wichtiger Infrastruktur und auch die Terrorbekämpfung thematisiert worden seien. Die Türkei verfolge eigene Sicherheitsinteressen, weil es regelmäßig zu Anschlägen im eigenen Land komme. In der kurdischen Regionalregion gäbe es Sorgen vor einer türkischen Offensive gegen PKK-Stellungen und verschiedene Ansätze der politischen Akteure in der Frage, wie eng die Terrorbekämpfung mit der Türkei abgestimmt werden könne.

Abg. **Knut Abraham** (CDU/CSU) erkundigt sich, ob Kräfte identifiziert werden könnten, die die Rückkehr der Jesidinnen und Jesiden bewusst verhindern.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) verweist auf mögliche Erkenntnisse der Innenbehörden; eigene Erkenntnisse lägen dem Auswärtigen Amt nicht vor. Grundsätzlich sei nach jeder Fluchtbewegung zu beobachten, dass Teile zurückkehrten und ihre Heimat wieder aufbauten und andere Teile in den Aufnahmелändern sesshaft würden. Für einen Verbleib in Deutschland spräche, dass es sich um ein sicheres Land handele und dass die weltweit größte jesidische Diaspora hier lebe; die Menschen schätzten die lokale Gemeinschaft.

Abg. **Max Lucks** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um einen aktuellen Stand einer möglichen Verlängerung des Anti-IS-Mandats.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) führt aus, dass der Sicherheitsdialog bereits begonnen habe; die militärische Präsenz werde sowohl von der Zentral- als auch von der Regionalregierung geschätzt. Offen sei, in welchem Rahmen eine ausländische Truppenpräsenz stattfände und welche Aufgaben wahrgenommen würden. Das wahrscheinlichste Szenario scheine eine mehrjährige Übergangsphase und ein Ausphasen des Anti-IS-Mandats. Eine Herausforderung könne die Präsenz in der kurdischen Region darstellen, da der Einfluss der Türkei auf Missionsziele und -durchführung bei einer NATO-Mission ein anderer sei als heute im Rahmen der *Operation Inherent Resolve*.

Abg. **Martin Sichert** (AfD) bittet um eine Einschätzung, ob sich die Sicherheitslage der Jesidinnen und Jesiden im Irak signifikant verbessert habe und wie die kurdische Autonomieregierung die Annäherung an die Türkei vor dem Hintergrund der Ereignisse in Afrin einschätzt.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) führt aus, dass die Ereignisse in Afrin nicht Thema seiner Besuche gewesen seien. Die irakische Regierung treibe die Frage um, wie eigene Staatsangehörige aus Syrien in den Irak zurückgebracht werden könnten und wie eine Reintegration in die Gesellschaft gelingen könne. Zur Sicherheitslage der Jesidinnen und Jesiden führt er aus, dass diese sehr volatil sei. Es gäbe sowohl Rückkehrer als auch Personen, die aufgrund der ungeklärten Sicherheitsverantwortung nicht zurückkehrten. Im Sindschar gäbe es weiterhin Sicherheitsprobleme, infrastrukturelle Herausforderungen und auch gesellschaftliche Spannungen. Trotz einer relativen Toleranz bei der Religionsausübung bestünden Stereotype und Vorurteile zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen.

Abg. **Peter Heidt** (FDP) erkundigt sich, ob auch Camps in der autonomen Region geschlossen würden und ob es Bestrebungen gibt, die Zentralregierung von einem Moratorium der Todesstrafe oder die Zeichnung und Ratifizierung des Römischen



Statuts vom Internationalen Strafgerichtshof zu überzeugen.

StM Dr. **Tobias Lindner** (AA) erklärt, dass ihm lediglich Camps im Norden bekannt seien, was den Druck auf die Regionalregierung nochmals erhöhe. Außerdem bestätigt er, dass es im Irak 8.000 zum Tode verurteilte Menschen gäbe, 13 Hinrichtungen hätten am 25. Dezember 2023 stattgefunden. Die

EU und die Bundesregierung verurteilten die Hinrichtungen und thematisierte die Todesstrafe in bilateralen Gesprächen.

Die **Vorsitzende** dankt für die Unterrichtung und schließt die Sitzung.



Schluss der Sitzung: 08:55 Uhr

Renata Alt, MdB
Vorsitzende